

Familien-Partei Deutschlands
z. Hd. Niels Geuking, Hahnenkamp 17, 48727 Billerbeck

Stadt Billerbeck
Bürgermeisterin
Markt 1
48727 Billerbeck

Haushaltsrede: Stadt Billerbeck 2023

15. Dezember 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
Mitarbeiter der Verwaltung,
Ratskollegen,
anwesende Gäste,
Frau Bürgermeisterin.

Auch auf die Gefahr hin, dass die Aufmerksamkeit mangels Spannungsbogen nicht aufrechterhalten bleibt, teile ich Ihnen direkt am Anfang mit, dass ich mich bei der anschließenden Verabschiedung zum Haushalt 2023 enthalten werde.

Wie sie gleich noch hören werden, wären wir eigentlich hinreichend zufrieden mit der Aufstellung des Haushalts gewesen unter Berücksichtigung der schwierigen Vorzeichen und des enormen Drucks von außen. Aber eine Zustimmung zum Haushalt stellt für uns auch eine mittelbare Zustimmung zum geschlossenen Mietvertrag zu einer womöglich rechtsmangelbehafteten Immobilie im Friethöfer Kamp dar. In einer nichtöffentlichen Sitzung habe ich meine Bedenken vielschichtig dargelegt. Durch den späteren Informationsaustausch konnte meine Position nicht verändert werden. Im Gegenteil. Es wurde anscheinend nicht mal ernsthaft geprüft. Wir erkennen jedoch die Schwierigkeiten der vergangenen Jahre an und werden uns deswegen nicht gegen den Haushalt aussprechen und wohlmöglich blockieren.

Denn nach den zwei Coronajahren und einem anfänglichen Ausgleich der Gewerbesteuererbußen, stehen wir inzwischen vor wirtschaftlich schwierigen Herausforderungen. Die Energiekrise schlägt tiefe Furchen in unsere Gesellschaft. Traditionsunternehmen gehen insolvent. Ältere Menschen und Familien wissen

vielerorts nicht, wie heftig sie die Abrechnung nach dem Winter treffen wird. Wollen wir hoffen, dass der „Doppelwums“ zeitig in der breiten Bevölkerung ankommen wird. Hilfen, die wirklich viele brauchen werden.

Denn wir leben in einer Zeit, in der feste, weltliche Grundordnungen der Vergangenheit angehören. Russlands Anführer hat entschieden am 24. Februar 2022 das Schachbrett umzuwerfen und ein neues Zeitalter zu beginnen. Er war dem Irrglauben aufgesessen, die Angelegenheit in der Ukraine schnell zu erledigen und Russland als Regionalmacht weiter zu stärken. Insbesondere gegenüber den ehemaligen Sowjetstaaten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Ukraine wehrt sich dank der massiven Unterstützung aus westlichen Ländern und außer Weißrussland gibt es kein Land auf Erden, welches den Krieg noch aktiv befürwortet und unterstützt.

Jetzt kann sich jeder die Frage stellen, was hat das mit dem Haushalt von der Stadt Billerbeck zu tun? Einfache Antwort. Schlicht alles. Das Geschäftsmodell unserer sozialen Marktwirtschaft kann soweit runtergerochen werden, dass die deutschen Unternehmen seit jeher alles an jeden verkaufen. Ob Waffen für Kriege (Ukraine, Jemen, Afghanistan), Autos an kommunistische Diktatoren, Bauwerke und gigantische Infrastrukturprojekte in Schurkenstaaten. Wir deutschen sind überall dabei. Unser Wohlstand fußt als Exportnation auf den Verkauf von Produkten, mangels eigener Rohstoffe. 83 Millionen Einwohner, aber 4. größte Volkswirtschaft. Doch hierfür brauchen wir stabile Verhältnisse. Und genau diese Stabilität werden wir in der Welt in der nächsten Zeit nicht haben.

Zudem sprechen wir heute von kriegsbedingten Schäden. Wie im Kreistag bereits erörtert, können wir der Wortschöpfung „kriegsbedingt“ nicht viel abgewinnen.

Es sind schlicht notwendige Kosten der Solidarität und Unterstützung. Und aufgrund der Tatsache, dass die russische Armee gerade gezielt die Energieinfrastruktur der Ukraine flächendeckend zerstört, um auch neue Fluchtbewegungen zu erzwingen, zeigt uns auf wie groß die zu leistende Hilfe noch werden könnte. Und je länger der Krieg andauern wird, desto größer werden letztlich auch unsere integrativen Kraftanstrengungen sein müssen. Viele Geflüchtete bauen sich gerade aus der Not eine deutsche Heimat auf und bleiben womöglich hier.

Dabei hat unsere Verwaltung (auch nach eigenen Angaben) mehr als genug zu tun und die jüngsten Mitarbeiterwechsel bzw. Verschiebungen helfen naturgemäß nicht gerade weiter. Vor allem Neubesetzungen sind in Zeiten eines Arbeitnehmermarktes schwer zu kreieren. Anders als in der freien Wirtschaft kann die Stadt Billerbeck nicht so weiteres in den Wettbewerb einsteigen und einfach höhere Gehälter anbieten. Gegenüber höheren Gliederungen sind wir im aktuellen System immer finanziell benachteiligt. Der einzige Ausweg, Ausbildungsoffensiven. Wir können nur mit harmonischen Arbeitsklima und dem Heimatgefühl punkten und auf die Auszubildenden setzen, dass sie in Billerbeck heimisch werden und nach einem auswärtigen beruflichen Ausflug zur Horizonterweiterung entweder wiederkommen, oder vielleicht auch gleich hierbleiben. Die zukünftigen Entwicklungsprognosen sehen recht düster aus. Der demografische Wandel wird hier nämlich noch voll durchschlagen.

So, wie er es eines Tages auch auf dem Immobilienmarkt tun wird. In 2 Jahrzehnten. Bis dahin brauchen wir kreative Ideen und Konzepte. Vielen älteren Immobilienbesitzern fehlt manchmal auch nur eine attraktive Eigentumswohnung, sodass Familien die Chance erhalten könnten eine Bestandsimmobilie mit Garten zu erwerben oder mieten. Denn selbst bauen, der Traum der gebauten, eigenen 4 Wände, ist für den Mittelstand in Gänze ausgeträumt. Bauen wurde vielfach, auch künstlich und bewusst, in den letzten Jahren verteuert. Die Politik hat teilweise einen Feldzug gegen das Einfamilienhaus geführt. Interessanterweise wohnen aber die meisten Entscheidungsträger in genau solchen Immobilien.

Das aktuelle Zinsniveau hat dann den vielen wackligen Kalkulationen das Fundament unter den Füßen weggerissen. Nicht nur bei den kleinen Häuslebauern. Wohnungsbaugesellschaften, Bauträger, Genossenschaften. Sie alle stehen an der Seitenlinie und warten die aktuellen Entwicklungen ab. Da weder eine Herabsetzung der energetischen Baustandards noch eine rapide Abnahme der Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren zu erwarten ist, wird das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage sich weiter zuspitzen und die prekäre Wohnsituation verschärfen. Die jüngsten Aussagen der Bauministerin, die ursprünglich 400.000 Wohnungen gebaut sehen wollte, lassen nichts Gutes erahnen. Es werden deutlich unter 300.000 fertiggestellt und die oben bereits angesprochenen Probleme werden im nächsten Jahr die Zahl wohl Richtung 200.000 rutschen lassen. Eine enorme Wohnungsbaulücke tut sich auf, die jetzt

bei einer steigenden Anzahl von geflüchteten Menschen nochmal zunehmen und gesellschaftliche Spannungen auslösen wird. Und dann forciert die Ampelregierung noch ein notwendiges Konzept der Zuwanderung. Am Ende werden wir hier vor Ort die Probleme selbst auf dem Wohnungsmarkt angehen müssen. Wenn wir also ernsthaft bezahlbaren Wohnraum in Billerbeck haben wollen, dann werden wir als Kommune nicht um unser eigenverantwortliches Handeln herumkommen und müssen selbst auf dem Markt tätig werden. Auch, um bei Mietpreisspiegelberechnungen eine Ankerfunktion zu erfüllen. Es gibt sonst nicht viel, was dem wieder stark anziehenden Mietpreisen entgegengehalten werden kann. Alle 3 Jahre sind gesetzlich bis zu 20% möglich.

Neben steigenden Mietpreisen sind allerdings die Nebenkosten das größte Problem vieler Menschen. Egal ob Mieter oder Eigentümer. Sie sind gleichermaßen betroffen. Die Strompreisbremse ist übrigens eine bewusste Strompreisrakete mit dem Ziel die Sparanstrengungen bis an die Grenze der gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit zu maximieren. Wir haben einen oligopolistischen Strommarkt. Eine Handvoll Akteure teilt sich den gesamten Markt weitestgehend auf. Wen wundert es da, dass die viel zu hoch angesetzte Preisbremse von 0,40 Euro (zum Vergleich, Österreich hat 0,10 Euro festgesetzt!), zu kurzfristigen Preiserhöhungen zum Ende des Jahres für Millionen von Haushalten gesorgt hat. Eine Preisbremse, die vielerorts mehr als 30% über dem Grundversorgertarif liegt. Ein willkommenes Weihnachtsgeschenk für Eon und Co. Denn möglicher Missbrauch wird passenderweise auch erst ab nächstem Jahr kontrolliert. Wenn also alle Tarife über 40 Cent angepasst wurden.

Bei den Energiepreisen haben wir als Stadt gegenwärtig keine direkten Einflussmöglichkeiten. Außer, dass wir Stromnetze von Amprion befürworten, um zukünftig u.a. stabilere Netze und Windstrom aus dem Norden zu erhalten, damit die bayrische Netzprobleme auch gerne ein bayrisches Privileg bleiben.

Der städtische Einfluss begrenzt sich auf die Grundsteuer. Die Grundsteuerreform wird anscheinend gerade vor die Wand gefahren. Ob der Zeitplan in Gänze eingehalten werden kann, kann mancherorts schon bezweifelt werden. Wo im Übrigen der Sinn liegen soll, Daten von Eigentümern zu erheben, die das

Finanzamt im Rahmen der Amtshilfe weitestgehend von anderen Behörden erhalten kann, erschließt sich nur den Wenigsten.

Das wir gemeinsam erstmal keine Anhebung der Grundsteuern forcieren, halten wir für richtig. Die Bürgerinnen und Bürger werden vielfach auf allen Preisebenen mit Erhöhungen konfrontiert. Wo es also möglich ist, sollten wir Zurückhaltung wahren. Erst recht im Zuge der zu erwartenden Anpassungen bei der Neuberechnung.

Wollen wir auch bei dem Entlastungsgedanken hoffen, dass unsere Landesregierung in Düsseldorf sich noch an das 3. beitragsfreie Kindergartenjahr erinnert, um Familien in vielen Städten und Gemeinden zu entlasten, ohne jedoch die Qualität und Finanzausstattung der Einrichtungen zu reduzieren. Es wäre ein wichtiger Schritt hin zur beitragsfreien Kita.

Ansonsten gibt es in Billerbeck nicht allzu viel zu beklagen. Die Investitionsquote ist über dem Durchschnitt. Jegliche Gebäude sind in einem guten bis sehr guten Zustand. Unsere Ausgangslage hätten viele kleinere Gemeinden gerne. Außer den Bauhof. Den will niemand haben. Immerhin fangen wir endlich mal mit der Planung an, um dann auch bei einer Fördermöglichkeit zur Stelle sein zu können. Ansonsten ereilt uns wie bei der Zweifachturnhalle das Problem, dass Töpfe schnell leer sind, und dann müssen wir kleiner bauen oder vollfinanzieren.

Die beiden genannten Projekte, sind dann auch die einzigen großen Brocken, die es erstmal noch zu bewältigen gilt. Wir sehen genau hier den Spielraum für sozialgerechte Wohnungen. Dank der guten Investitionsquoten der vergangenen Jahre.

In diesem Jahr beanspruchen wir die Ausgleichsrücklage recht stark. Im darauffolgenden Jahr kann man ebenfalls nochmal davon ausgehen. Unser Sicherheitspolster sollte aber laut Kämmerin die 10 Millionen nicht unterschreiten. Wir sind also ein Stück weit weg von der Haushaltssicherung. Dies schafft eine gewisse Sicherheit.

Auf Kreisebene haben wir uns dann auch stark gemacht, dass der Kreis ebenfalls seine Ausgleichsrücklage klug und intelligent einsetzt. Unser Wunsch nach noch

stärkeren Sparbemühungen wurde aufgenommen und in den nächsten Jahren wird die Kreisumlage nicht über 27,5% steigen und unsere Bestrebung ist es, noch besser zu sein. Auf diese Weise haben die kreisangehörigen Kommunen eine gewisse finanzielle Stabilität.

Einsparungen werden uns vermutlich auch das nächste Jahr begleiten. Dennoch werden wir die Verwaltung daran erinnern, dass sie das eingesparte Gas für die Nichtbetriebe des Lehrschwimmbekens sich nicht im Haushalt einverleiben kann. Es steht den Grundschulern zu. Ohne Wenn und Aber. Dass der Satz, „jetzt gilt jede kWh Energie einzusparen und ab dem Frühjahr jede Stunde im Wasser, auch nach dem Winter für mindestens jedes Grundschulkind bestand hat, werden wir einfordern. Die kostenlose Saisonkarte gilt es dann mit weiteren Schwimmkursen zu flankieren. So sieht verantwortungsvolle und gerechte Politik aus.

Am Ende müssen wir alle näher zusammenrücken. Nicht nur, um uns warm zu halten. Die gesellschaftlichen Herausforderungen werden insbesondere im integrativen Bereich zunehmen. Gemeinsam kommen wir dann auch durch alle Krisen.

Im Kreistag haben wir dann an dieser Stelle mit einer Schweigeminute an all jene Menschen gedacht, die es in diesem Winter wirklich schwer haben werden.

Ich bitte Sie alle, in der restlichen Adventzeit und dem nahenden Weihnachtsfest sich gedanklich einmal den Menschen anzunehmen, denen es bei weitem nicht so gut geht wie uns und der Völlerei ein wenig Einhalt gebieten. Wir sollten dankbar sein für all diejenigen, die das Leid der Menschen entweder durch Tatkraft oder finanzielle Unterstützung lindern. Sie alle helfen, die Welt friedlicher aussehen zu lassen.

Kommen Sie alle gut und vor allem erholt ins neue Jahr. Es wartet viel Arbeit auf uns. Bleiben sie gesund und auch bei aller politischer Härte und Diskussion. Am Ende wollen wir alle irgendwie das Gleiche. Eine bessere Zukunft für die Menschen in unserer Stadt.

Vielen Dank.